

Newsletter #05 // 28. Dezember 2011

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

bevor das Jahr zu Ende geht, gibt es noch unseren Newsletter. Denn ganz kurz vor Weihnachten hat der Landtag NRW noch einmal getagt und einiges auf den Weg gebracht. Nach der kurzen Verschnaufpause zum Jahresende geht es dann gleich wieder mit dem Landeshaushalt weiter. Aber davor wünschen wir Euch noch ein paar ruhige Tage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Eure Newsletter-Redaktion

Abonnieren könnt Ihr den Newsletter [hier](#). Und schon bekommt Ihr immer am Dienstag nach Plenarsitzungen aktuelle Infos aus unserer Fraktion. Ein bis zwei Mal im Monat also. Über Rückmeldungen freuen wir uns. Und: Unser Newsletter wird kein Endlos-Mailing. Versprochen.

Aus dem Landtag (Plenartage 21.12. - 22.12.2011)

In den Plenarsitzungen am 21. und 22. Dezember 2011 stand die Einbringung des Haushalts 2012 im Zentrum der Debatte. Dazu mehr im Schwerpunkt „Haushalt 2012“. Bevor es jedoch in die letzten Plenarsitzungen dieses Jahres ging, feierte die Landtagsfraktion DIE LINKE NRW im Düsseldorfer ZAKK mit rund 300 Gästen ihre Jahresabschlussfeier mit einem unterhaltsamen Programm aus Politik, Kultur und Musik. Im Rahmen einer Versteigerung kam eine Summe von 2.000 Euro zusammen, die zu gleichen Teilen dem [Kinderhospiz Regenbogenland](#) und der [Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative STAY!](#) gespendet wurden ([Bericht und Bilder hier](#)).

Am Mittwoch stand neben der Haushaltseinbringung, bei der die Opposition dem Entwurf der rot-grünen Minderheitsregierung die Unterstützung verweigert hat, die Novellierung des [Tariftreue- und Vergabegesetzes für Nordrhein-Westfalen \(Drs. 15/2379\)](#) auf der Tagesordnung, welches mit den Stimmen von SPD/Grünen und der LINKEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP nach der 2. Lesung angenommen wurde. Der [Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE \(Drs. 15/3579\)](#), der eine Halbierung des im Gesetzentwurf vorgesehenen Schwellenwertes (20.000 Euro), einen Mindestlohn von zehn Euro (statt 8,62 Euro) und eine automatische jährliche höhere Anpassung des Mindestlohns an die Lohn- und Preisentwicklung vorsieht, wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

Am Donnerstag beschäftigte sich der Landtag erneut mit der Problematik des Rechtsterrorismus. Der Innenminister stellte einen Aktionsplan vor, der durch die Linksfraktion durch den [Antrag Öffentliche Aufklärung und Aufarbeitung der rechtsterroristischen Anschläge der Zelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ \(NSU\)! \(Drs. 15/3533\)](#) kritisch begleitet wurde. Des Weiteren standen vor allem arbeitsmarktpolitische Themen, wie die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes und die Stärkung der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte von geringfügig Beschäftigten, sowie das wohnungspolitische Thema der Kündigungssperrfristverordnung im Mittelpunkt der Plenarsitzung.

Schwerpunkt: Haushalt 2012

Haushaltsplan 2012 – Verfassungsklage der Fraktion DIE LINKE wegen Verschleppung

Erst am 19. Dezember 2011 hat die Minderheitsregierung von SPD und Grünen den Haushaltsplan für 2012 in gedruckter Form vorgelegt. Die Fraktion DIE LINKE hatte die Regierung bereits im September dieses Jahres aufgefordert, unverzüglich den Haushaltsplan 2012 vorzulegen und ein ordentliches Haushaltsverfahren sicherzustellen. Denn zahlreiche Initiativen, Institutionen, Kommunen und andere Zuwendungsempfänger sind dringend auf möglichst frühe und planungssichere Förderentscheidungen angewiesen.

Mit der vorsätzlichen Verschleppung ignoriert die Minderheitsregierung nicht nur die Rechte der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Rechte des Parlaments: Der Haushaltsplan wird normalerweise

vor Beginn des neuen Haushaltjahres verabschiedet. Das ist nun nicht mehr möglich. Die verspätete Haushaltseinbringung verstößt eindeutig gegen die Regeln der Landesverfassung. Die Fraktion DIE LINKE hat deshalb am 30. November 2011 eine Verfassungsklage erhoben.

Mit voller Kraft will die Landesregierung mit ihrem Haushalt 2012 und der mittelfristigen Finanzplanung Kurs nehmen auf die unsinnige Schuldenbremse mit dem Ziel einer Null-Verschuldung im Jahr 2020. Gleichzeitig will sie angeblich eine vorsorgende Politik beziehungsweise präventive Finanzpolitik betreiben. Das kann nicht funktionieren. Diesen Widerspruch zwischen diesen beiden Zielen bekommt die Minderheitsregierung nicht in den Griff. Stattdessen scheint für die Landesregierung allein die Konsolidierung als erstes und einziges Ziel auf der Agenda zu stehen.

DIE LINKE wird das nicht mitmachen und steht weiter für einen konsequenten Politikwechsel zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Menschen sowie gegen Stellen- und Sozialabbau in NRW. Wir als LINKE haben klare Vorstellungen und wollen zum Beispiel Investitionen und Ausgaben:

- in die Bildung und Gebührenfreiheit von der Kita über die Schule bis zur Hochschule sowie in die Aus- und Weiterbildung;
- in die Bereitstellung von bezahlbarem und gutem Wohnraum und damit den Ausbau des sozialen Mietwohnungsbaus und der energetischen Gebäudesanierung;
- in die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze;
- in die Handlungsfähigkeit der Kommunen;
- in den öffentlichen Nahverkehr und günstige Tickets, wie zum Beispiel ein landesweit gültiges Sozialticket, das seinen Namen verdient und das sich die Betroffenen auch leisten können;
- in die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am sozialen und kulturellen Leben.

Die konkreten Investitionen von heute sind im Ergebnis der gesellschaftliche Reichtum von morgen. Deshalb fordert DIE LINKE erneut Initiativen der Landesregierung auf Bundesebene zur Verbesserung der Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte, zum Beispiel durch höhere Spitzen- und Erbschaftssteuersätze, eine Millionärssteuer und die Einführung einer Vermögenssteuer.

Kommentar von Rüdiger Sagel, haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW

Zum Haushalt 2012

Die Untätigkeit der Minderheitsregierung ist dreist und unerträglich. Mit der völlig verspäteten Einbringung des Landeshaushalts beschneiden SPD und Grüne die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und ignorieren das Parlament.

Städte und Gemeinden des Landes wie auch vielen Institutionen und Initiativen in NRW, die Landesmittel erhalten, wird die notwendige Planungssicherheit für das Jahr 2012 genommen. DIE LINKE will mit ihrer Verfassungsklage diesem Treiben einen Riegel vorschieben. Auch im nun anstehenden Haushaltsberatungsverfahren bis mindestens Ende März 2012 wird sich DIE LINKE für ein sozialeres und gerechteres NRW einsetzen. Denn die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter. Ein landesweites Sozialticket für 15 Euro im Monat steht ganz oben auf unserer Agenda.

Original sozial – auch nach der Wahl. Dafür steht DIE LINKE.

Parlamentslexikon

An dieser Stelle erläutern wir stets einen Begriff aus dem Parlamentsalltag.

Globale Minderausgabe

Im Haushaltsplan führt die Landesregierung auf, wie viel Geld sie in welchen Ministerien einsetzen möchte. So kann das Parlament die Ausgabenplanung nachvollziehen, konkrete Änderungsvorschläge machen und begründet über den Haushalt abstimmen. Und die Regierung kann im Haushalt eine sogenannte Globale Minderausgabe (GMA) einbauen. Damit kündigt sie an, dass sie im Vergleich zum Vorjahr eine bestimmte Summe einsparen will – aber nicht, wo. Wenn das Parlament diese pauschale Ankündigung akzeptiert, kann die Regierung im beschlossenen Finanzrahmen sparen, wo sie selbst es für richtig hält. Das kann bedeuten, dass sie nach der Verabschiedung des Haushalts Einsparungen durchführt, die das Parlament vielleicht nicht akzeptiert hätte, wenn sie konkret benannt worden wären.

Termine

? 14./15.01.2012, Berlin: **Luxemburg-Liebke-Demo**

? 25.01.2012, ab 10:00 Uhr, Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf: **Plenarsitzung**

? 26.01.2012, ab 10:00 Uhr, Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf: **Plenarsitzung**

? 27.01.2012, 19 Uhr, Gaststätte Ohme am Markt, Oberbilk Markt: **Neujahrsempfang DIE LINKE. KV Düsseldorf**

? 28.01.2012: **LAG Gesundheit & Soziales**

Neu auf der Homepage

Schwerpunktseite Wohnen: Linke Wohnungspolitik für NRW

flickr: Sterneck

DIE LINKE im Landtag NRW tritt für einen Richtungswechsel in der Wohnungspolitik ein, bei dem die Mehrheit der Menschen im Mittelpunkt steht, Gemeinschaft und Demokratie gefördert werden, anstelle von Profiten und Luxusapartments für Wenige.

Beim [Schwerpunkt Wohnen](#) gibt es zahlreiche Informationen mit Hintergründen und Dokumenten der parlamentarischen Arbeit der Linksfraktion NRW. Zwei Unterseiten beschäftigen sich mit dem [THS/Evonik](#) sowie mit der [Enquetekommission "Wohnungswirtschaftlicher Wandel"](#).

Bildergalerie: Protest auf dem Rhein gegen Afghanistan-Konferenz

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW hielt am Montag, 5. Dezember 2011 auf der „MS Beethoven“ auf dem Rhein eine öffentliche Fraktionssitzung zu friedenspolitischen Initiativen, zur Bundeswehrreform und anderen Themen ab. Zahlreiche Kriegsgegner/-innen fuhren mit dem Schiff immer wieder direkt am Konferenzsaal der sogenannten "Afghanistan-Konferenz" vorbei und protestierten gegen die Kriegspolitik.

[Weiter](#)

Der nächste Newsletter erscheint am 31. Januar 2012.

V.i.S.d.P.: Florian Kaiser, Pressesprecher, Fraktion DIE LINKE. im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Telefon: (0211) 884-4602, Telefax: (0211) 884-3700, E-Mail:

newsletter@linksfraktion-nrw.de

[\(Ab\)bestellen kann man den Linksletter hier](#)

Quelle: http://archiv.linksfraktion-nrw.de/medien/newsletter/newsletter_05_28122011/